



BRAUMÜLLER



Defizitäre Demokratie Staatsbürgerschaft und Wahlrecht im Einwanderungsland Österreich

von Gerd Valchars

Studienreihe Konfliktforschung, Band 18
Herausgegeben von Anton Pelinka und Ilse König

Braumüller 2006, ISBN 978-3-7003-1538-4
Kart., 144 Seiten, € 21,90

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Erster Artikel der österreichischen Bundesverfassung.
Wer aber gehört zum Volk?

Aus der Sicht des österreichischen Verfassungsgerichtshofs ausschließlich österreichische Staatsangehörige. Daher wurde am 30. Juni 2004 die geplante Einführung eines Wahlrechts bei den Wiener Bezirkswahlen für AusländerInnen mit fünf Jahren Aufenthalt als verfassungswidrig aufgehoben.

Gerd Valchars schlägt eine andere Antwort vor: Demokratische Legitimität erfordert, dass jene, die dauerhaft dem Recht unterworfen sind, auch in der Rechtssetzung repräsentiert werden. Da niedergelassene Einwanderer von den Gesetzen überwiegend in gleicher Weise betroffen sind wie InländerInnen, haben sie auch Anspruch auf das Wahlrecht.

Demokratische Inklusion von Einwanderern kann entweder über Einbürgerung oder über die Abkoppelung des Wahlrechts von der Staatsbürgerschaft erreicht werden. Derzeit sind in vierzehn europäischen Ländern AusländerInnen bei Gemeindewahlen stimmberechtigt. In Österreich wurde nicht nur dieser Weg ausgeschlossen, sondern auch die Einbürgerung erschwert.

Gerd Valchars analysiert Vorgeschichte und Hintergründe dieses doppelten Ausschlusses und plädiert dafür, beide Zugänge zum Wahlrecht gleichzeitig zu öffnen. Sein Buch ist der bisher wichtigste Denkanstoß zu einer notwendigen Debatte über demokratische Legitimität im Einwanderungsland Österreich.



office@braumueller.at
Telefon (+43 1) 319 11 59
Fax (+43 1) 310 28 05

www.braumueller.at
Wissen und Bildung seit 1783

AUTOR Je nach zeitlichem Umfeld und sozialem Kontext können die unterschiedlichsten sozialen Gruppen die Opfer populistischer Angriffe werden: Angehörige autochthoner Minderheiten, religiöse Minderheiten, Homosexuelle, Schwarze, etc. oder AusländerInnen. Das „Praktische“ an „Ausländern“ ist, dass sich gegen diese Gruppe hervorragend politisieren und mobilisieren lässt, ohne von der Gruppe selbst bei Wahlen bestraft zu werden, da die Personen, gegen die agitiert wird, nicht wahlberechtigt sind und sich somit durch den Einsatz ihrer WählerInnenstimme nicht gegen eine gegen sie gerichtete Politik wehren können.

Durch die Verleihung des Wahlrechts an Nicht-StaatsbürgerInnen jedoch werden diese zu potenziellen WählerInnen und damit vom ausschließlichen Objekt politischer Entscheidungen und Auseinandersetzungen zu einem selbstständig politisch handelnden Subjekt. Die politische Ökonomie und Parteienkonkurrenz bringt es mit sich, dass die etablierten Parteien die neuen WählerInnengruppen aktiv ansprechen und sich ihnen gegenüber programmatisch wie strukturell öffnen. Womit durch die Gewährung des Wahlrechts nicht nur bloß politische Mitsprache- und Entscheidungskompetenz verliehen wird, sondern auch Veränderungen im politischen Alltag eingeleitet werden könnten. Ausländische StaatsbürgerInnen als WählerInnen machen es für Parteien weniger reizvoll, sogenannte „Ausländerpolitik“ in ausschließlich problembehaftetem Zusammenhang darzustellen und als Politikfeld zur populistischen Stimmenmaximierung zu instrumentalisieren.

Die Gewährung von politischen Rechten an Nicht-StaatsbürgerInnen darf freilich nicht als Allheilmittel gegen Rechtspopulismus angesehen werden; Antisemitismus und Homophobie, die ebenso wie Xenophobie in der politischen Programmatik und Rhetorik rechtspopulistischer Parteien zu finden sind, beweisen, dass selbstverständlich auch bewusst gegen Wählerinnen und Wähler populistische Politik betrieben wird; die politisch rechtlose Gruppe der Nicht-StaatsbürgerInnen lässt diese lediglich (aus unterschiedlichen Gründen) besonders geeignet erscheinen. Umgekehrt wiederum würden Nicht-StaatsbürgerInnen mit einem Anteil von beispielsweise rund 9 % an der österreichischen Bevölkerung ein WählerInnenpotenzial darstellen, an dem die Parteien, egal auf welcher Seite des politischen Spektrums sie sich verorten, im Sinne der Logik der Stimmenmaximierung nur schwer vorbeikommen würden.

Gerd Valchars

Gerd Valchars, geboren 1978, hat Politikwissenschaft in Wien studiert. Er lehrt seit 2004 am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien, seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Österreichische Regimelehre, Citizenship und Migrationsforschung.

HERAUSGEBER Diese Weiterentwicklung der Demokratie rührt an etablierte Interessen; und reibt sich auch an der Versuchung politischer AkteureInnen, die Ressentiments derer zu mobilisieren, die – weil selbst „Volk“ – andere nicht zum Teil des Volkes werden lassen. Gerd Valchars entlarvt so all die Vorstellungen, die von einem selbstverständlich gegebenen Begriff von Volk ausgehen, als Ideologie – als interessenabhängiges Wunschdenken. Valchars' Buch ist damit auch eine theoretische Auseinandersetzung mit dem (rechten) Populismus, der seinem Wesen nach Demokratie nicht inklusiv, sondern exklusiv versteht.

Anton Pelinka

Anton Pelinka ist Professor am Institut für Politikwissenschaft in Innsbruck und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Konfliktforschung in Wien.

ZUM VERLAG Als unabhängiger Privatverlag ist Braumüller auf wissenschaftliche Literatur aus den Disziplinen Politik, Geschichte, Recht, Philosophie, Literatur, Theater, Kommunikation, Soziologie und mehr konzentriert. In Fortführung der mehr als 222 Jahre jungen Verlagsgeschichte werden neben dem Schulbuch wissenschaftliche Titel für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs publiziert.

BRAUMÜLLER



Wissen und Bildung seit 1783

